

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

14.10.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Der ewige Meiler</b> <i>DIE ZEIT, 14.10.2021</i> .....	3
2   <b>„Isolation ist das Schlimmste“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 14.10.2021</i> .....	7
3   <b>MV setzt auf klimaneutrale Industrie</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 14.10.2021</i> .....	8
4   <b>Schwesig will mit der Linken regieren</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 14.10.2021</i> .....	9
5   <b>Asse II: Wolfenbütteler Bürgerinitiative kritisiert Kreistag</b> <i>wolfenbuetteler-zeitung.de, 13.10.2021</i> .....	10

## Der ewige Meiler

### Ende 2022 sollen Deutschlands Atomkraftwerke abgeschaltet werden, dann folgt der Rückbau. In Greifswald begann er schon vor 30 Jahren – und es ist kein Ende in Sicht. VON MARTIN NEJEZCHLEBA

Manchmal steht Ralf Borchardt in seinem Büro, ganz oben, im siebten Stock von Verwaltungsgebäude I, und stellt sich das Ende vor. Er blickt dann durch die Fenster auf das Kraftwerk vor ihm und sieht, in Gedanken, wie ein Reaktorblock nach dem anderen birst, wie Abrissbagger an der Anlage nagen. Wenn alles vorbei wäre, sagt Ralf Borchardt, »dann hätte ich einen schönen Blick aufs Meer«.

Aber noch steht da ein Betonkoloss von den Ausmaßen eines Flughafens zwischen ihm und der Ostsee: das Kernkraftwerk Greifswald. In der nahe gelegenen Ortschaft Lubmin wurde zu DDR-Zeiten in fünf Reaktorblöcken Atomenergie produziert, in einem der größten Kernkraftwerke Europas. Weil es Probleme mit der Sicherheit gab, beschloss die Landesregierung 1995, es »zurückzubauen«, also abreißen zu lassen. Und Borchardt bekam die Aufgabe, das zu koordinieren. Er ist der Projektleiter. Damals habe er gedacht, das werde ein spannender Job, vielleicht für zehn, 15 Jahre. Schließlich war Lubmin auch nur 17 Jahre am Netz. »Als Lebensaufgabe«, sagt Borchardt heute, »habe ich es nicht gesehen.« Mittlerweile ist er 57 Jahre alt, hat schütteres, blondes Haar und weiß, dass er damals ziemlich naiv gewesen ist.

Noch heute arbeiten etwa 900 Menschen beim bundeseigenen Unternehmen Entsorgungswerk Nord (EWN) am Rückbau. Erst über die Jahre wurde klar, wie teuer, wie komplex und wie langwierig das wirklich ist: ein Atomkraftwerk abzureißen. Wenn dieses Vorhaben zu Ende ist, wird Ralf Borchardt längst in Rente sein.

In Lubmin gewinnt man einen Eindruck davon, was der Atomausstieg bedeutet, den Bundeskanzlerin Angela Merkel vor zehn Jahren verkündet hat. Wer die schier endlosen Abrissarbeiten begleitet, wer Kosten und Nutzen gegenrechnet, die Laufzeit des Kraftwerks mit den Halbwertszeiten seiner radioaktiven Überreste, der kommt an dieser Frage nicht vorbei: Ist das alles

überhaupt zu bewältigen, wenn Ende nächsten Jahres in ganz Deutschland die letzten Reaktorblöcke vom Netz gehen und abgerissen werden müssen?

Die Arbeit im Strahlenschutzbereich beginnt damit, dass man sich nackt auszieht. Das jedenfalls tut Hannes Becker an einem sommerlichen Freitag. Becker ist ein junger Mann, 28, der nicht gerade verschwenderisch mit seinen Worten umgeht. Er leitet ein 30-köpfiges Team von Abrissarbeitern. Gerade machen sie sich an einem Bereich zu schaffen, den Becker die »Seele der Anlage« nennt: die Reaktorblöcke drei und vier.

#### Jeder Handgriff in einem stillgelegten Kernkraftwerk muss genehmigt werden

Aber zunächst geht es durch die Schleuse. Die stellt man sich am besten wie die Umkleide eines Hallenbads vor – nur ohne Chlorgeruch. Und in doppelter Ausführung. In der ersten Kabine sperrt Becker seine Straßenkleidung samt Unterwäsche in einen Spind, zieht Badelatschen und einen weißen Kittel an. Dann die zweite Umkleide. Wenn Becker da rauskommt, sieht er schon eher nach Abrissarbeiter aus: klobige Baustiefel, blauer Bauhelm, orangener Bauoverall. In der Brusttasche ein graues Kästchen: das Dosimeter, ein Strahlenmesser.

Auch fast drei Jahrzehnte nach der Stilllegung gelten hier die gleichen Regeln wie in einem aktiven Atomkraftwerk: Nichts und niemand darf ohne mehrfache Strahlenmessung aus den Blöcken. Mehr als 20 Millisievert an Strahlung darf kein Mitarbeiter pro Jahr bekommen. Becker sagt, das Dosimeter melde fast jedes Mal null. Das war nicht immer so.

Ein Kernkraftwerk baut man von innen nach außen zurück. Zunächst wird der hochverstrahlte Bereich geleert. Reaktordruckbehälter und Dampferzeuger, haushohe Konstruktionen sind das, werden mit Kränen angehoben und in einen Strahlenschutzman-

tel verpackt.

Aber bevor man sich an diese kontaminierten Maschinen wagen konnte, musste man jeden Handgriff am Modell erproben und berechnen, wo und wie lange Arbeiterinnen und Arbeiter eingesetzt werden können, ohne dass die erlaubte Strahlendosis überschritten wird. Allein dieser Test dauerte drei Jahre. Angedacht war ein halbes. 2009 war der letzte Druckbehälter ausgebaut.

Hannes Becker läuft jetzt durch verwaiste U-Boot-hafte Gänge, vorbei an schweren Schleusentüren, Röhren mit Druckmessuhren, Schaltkonsolen. Kein Ton, kein Tageslicht. Becker arbeitet hier seit 2014. Er sagt: »Am Anfang habe ich nicht verstanden, warum das so lange dauert.« Er habe gedacht: Ich arbeite für ein Unternehmen, das sich selbst abreißt. Vielleicht will man gar nicht schnell fertig werden?

Irgendwann sei ihm die Komplexität des Vorhabens bewusst geworden. Hier, in den verwinkelten Gängen etwa: All die Geräte müssen einen bestimmten Weg nehmen, um innerhalb des Schutzbereichs von der radioaktiven Strahlung gereinigt zu werden. Aber mitunter gibt es diese Wege gar nicht. Becker und sein Team müssen sie erst schaffen, sogenannte Entsorgungsluken für den Abtransport bauen.

Kernkraftwerke, erst recht die älteren Modelle, wurden für die Zukunft konzipiert. Mit Rückbau hat kein Konstrukteur damals gerechnet. Und schon gar nicht mit Steffen Jung, dem Leiter der Abteilung P1TG. Das sind die Genehmiger.

Es mag schon sein, sagt Jung, dass viele im Betrieb denken, er mache alles komplizierter. Aber aus der Perspektive des Genehmigers ist das Gegenteil der Fall: »Ich schieße hier die Tätigkeiten frei.« Schließlich arbeite man, so nennt es Jung, im engen Korridor des Atomrechts. Jung ist 45, ein Wirtschaftsingenieur mit Igelfrisur. Eigentlich erschafft er lieber Neues, statt Altes zu zerstören. Zuvor hat er im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald den Aufbau einer experimentellen Anlage für Kernfusion geleitet, die größte ihrer Art. Ein Puzzle-Bild dieses Röhren-Monsters hängt in seinem Büro in Verwaltungsgebäude I.

In gewisser Weise arbeitet er in Lubmin auch an einem Puzzle. Nur rückwärts. Es besteht aus unendlich vielen Einzelteilen. Und es ist ungleich schwieriger, es auseinanderzunehmen, als es zusammenzubauen.

Vor ihm auf dem Konferenztisch hat er Bücher zu einem Stapel aufgeschichtet, aus den Seiten wuchern neonbunte Klebmarker. Da ist die Stilllegungsgenehmigung von 1995, die Aufbewahrungsgenehmigung

für radioaktive Stoffe mit ihren sieben Änderungs-genehmigungen, Genehmigungen zur Konditionierung, Genehmigungen fürs Zwischenlagern, auch sie mehrfach änderungsgenehmigt. Jung klopft auf den Stapel: »Das ist die Grundlage.« Davon leiten sich ab: Betriebsvorschriften, Betriebshandbücher et cetera. Acht dicke Leitz-Ordner voller Regeln.

Jeder Handgriff in einem stillgelegten Kernkraftwerk muss anhand eines ausgefalteten Konvoluts an Strahlenschutzvorgaben bewertet und freigegeben werden. Ständig müssen sich Sachverständige über Sachen verständigen, müssen Gutachter begutachten, müssen die Atomaufsichtsbehörden beaufsichtigen. Jungs Job ist es, diese Maschinerie am Laufen zu halten.

Was man nicht will und gar nicht kann: das ganze nukleare Puzzle einfach wegsperren. Wohin auch? Was geht, soll wiederverwertet, also verkauft werden. Wenn alles in seine Einzelteile zerlegt ist, dann werden vom Kraftwerk 1,8 Millionen Tonnen Material bleiben: Edelstahl. Kupfer. Plastik. Gummiabrieb. Dämmmaterial. Zink. Beton. Nur rund ein Prozent soll am Ende, wegen der Radioaktivität, in ein Endlager. So viel wie möglich soll recycelt werden.

Hier kommt Alex Dufke ins Spiel. Auch er schlurft mit Badelatschen durch eine Schleuse und kommt behelmt in einem Bereich wieder heraus, den sie hier ZAW nennen: Zentrale Aktive Werkstatt. Eine Halle, in der Arbeiter früher Reaktorteile repariert haben. Dufkes Vater war einer von ihnen. Der Sohn, 35, Arme und Beine tätowiert, beschreibt seine Arbeit so: »Wir zerlegen alles, so klein, wie es geht.«

Denn so kolossal die Maschinen sind, die die Demonteure hier aus Schächten schneiden, so klein ist das Tor in die Außenwelt: ein Messgerät, vom Format eines Sperrgepäck-Scanners am Flughafen. Alles muss irgendwann da durch. Anlagen von der Größe eines Lkw werden so lange mit Bandsägen und Plasmaschneidern zerkleinert, in Säurebädern oder Sandstrahl-Kabinen gereinigt, bis sie, in eine standardisierte Gitterbox verpackt, durch das Messgerät nach draußen ruckeln. Zurück im Schutzbereich bleibt zäher, radioaktiver Schlamm. Und jene Bauteile, die zu kontaminiert sind, um die Strahlung abzuwaschen.

5000 Kraftwerker, wie die Angestellten sich nannten, arbeiteten einst im VE Kombinat Kernkraftwerke »Bruno Leuschner«. Weitere 10.000 bauten an neuen Blöcken. Ganze Neubausiedlungen wurden für die Belegschaft in Greifswald errichtet.

Marlies Philipp, eine studierte Kristallografin, damals 23, arbeitete in der Abteilung Werkstoffprüfung und

ging vor allem einer Frage nach: Hält das Kraftwerk der Belastung stand? Für die DDR war das manchmal überlebenswichtig. Der Katastrophenwinter 1978/79 etwa war so hart, dass die Braunkohle festfror, bevor sie verfeuert werden konnte. Das Kernkraftwerk musste den Energiebedarf des Landes nahezu im Alleingang decken.

Aber es gab Probleme, immer wieder öffneten sich kleine Haarrisse in den Druckbehältern, es trat radioaktive Flüssigkeit aus. Verseuchte Feuchtigkeit drang tief in den Beton ein, die Strahlung dort ist bis heute messbar. Und was verstrahlt ist, kann nicht einfach abgerissen werden.

Marlies Philipp blieb auch nach der Stilllegung, überstand Umstrukturierungen und Entlassungswellen. Sie beschreibt das als großes Glück. Ihr Wissen über die Anlage war auch bei deren Rückbau von Wert. Auch wenn sich das zunächst seltsam angefühlt habe: »Da hatte man sich über Jahre um eine Pumpe gekümmert, und von einem Tag auf den anderen war sie Schrott. Die ganze Anlage war Schrott.«

Später wurde Philipp Pressesprecherin von **EWN** – und musste fortan vor allem eines erklären: die ständigen Verzögerungen. Sie sagt dazu: »Es gab keine Blaupause. Das war Neuland für uns alle.« Ehrlich wäre: Wir haben das unterschätzt, schon immer.

### **Wann sie fertig werden, weiß hier niemand. Vielleicht 2060 oder 2070?**

Betrachtet man das Kernkraftwerk in Zahlen, dann steht unter dem Strich ein Desaster. 17 Jahre Laufzeit, seit 26 Jahren im Rückbau. Bis in die zweite Hälfte der 2030er-Jahre soll dekontaminiert werden. Erst danach beginnt der eigentliche Abriss. Und dann ist da noch die Kostenrechnung: Ging man am Anfang von 3,2 Milliarden Euro für den Rückbau aus, lautet die jüngste Hochrechnung: 6,6 Milliarden. Marlies Philipp sagt: »Wir werden mehr brauchen.«

In Lubmin steht nur eine Anlage. Und all die anderen? Wird der Atomausstieg 2022 zu einem endlosen und unbezahlbaren Abenteuer?

Experten rechnen nicht damit. »Das Kraftwerk ist in keiner Weise repräsentativ für das, was wir in Deutschland an weiteren Rückbauprojekten erwarten«, sagt Florence-Nathalie Sentuc, die bei der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit zur Stilllegung von Kernkraftwerken forscht – unter anderem im Auftrag des Bundesumweltministeriums. Das hier sei größer und wegen der Kontaminierung ungleich komplexer im Abbau. Und: Die Ost-Kraftwerke gingen, im Zuge der Wiedervereinigung, ungeplant vom Betrieb in den

Rückbau. Will heißen: Die anderen Betreiber können sich über Jahre vorbereiten und sich schon im Voraus um Genehmigungen bemühen.

Und sie profitieren von den Erfahrungen aus Lubmin, von Fehlern, aus denen man dort erst lernen musste, von Techniken, die entwickelt wurden. So hat **EWN** auch schon Reaktoren in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zerlegt, hatte Aufträge aus Litauen, Bulgarien oder der Slowakei. Über die Jahre hat man sich hier eine Expertise erarbeitet, die sich nun, mit dem Atomausstieg, auszahlen könnte.

Das Kraftwerk an der Ostsee eingerechnet, gibt es in Deutschland im Moment 27 abgeschaltete Reaktoren – mit dem Atomausstieg Ende 2022 kommen sechs weitere hinzu.

Man rechne, so sagt es die Forscherin Sentuc, mit rund 20 Jahren Rückbau-Zeit je Kraftwerk. Aber wird es genügend Firmen und Fachkräfte dafür geben, wird man alles auf einmal abreißen können? Und: Wann wird man damit fertig sein? »Ein genaue Jahreszahl«, sagt Sentuc, »wird Ihnen im Moment keiner geben können.«

Wenn die eigene Lebenszeit nicht ausreicht, um die Folgen eines Kraftwerks auch nur halbwegs in den Griff zu bekommen, wird man dann nicht zwangsläufig zum Atomkraftgegner? Fragt man das die Mitarbeiter in Lubmin, werden sie nachdenklich und sagen Sätze wie diesen: »Ich bin da zwiegespalten«, so Ralf Borchardt. Man sei heute auf einem technischen Level, auf dem man einen sicheren Betrieb gewährleisten könne. »Aber«, sagt Borchardt, »die Gefahr, dass der Mensch diese Technik unterschätzt, die bleibt.«

Und wenn Ralf Borchardt, der Projektleiter, erzählt, was er wirklich noch schaffen kann in zehn Jahren bis zur Rente, dann sagt er, unter anderem, Folgendes: »Der Abschluss der Neubauten.« Das sagt er wirklich: Neubauten.

Vom Büro aus zeigt Borchardt auf ein paar gelbe Kräne. Es ist die Baustelle für eine Zerlegehalle, in der bald die Reaktorbehälter zerstückelt werden sollen. Wegen der Strahlung kann das nur unter Wasser geschehen, mit ferngesteuerten Roboterarmen. Eine Aufbereitungsanlage für den kontaminierten Beton soll entstehen. Auch ein neues Zwischenlager ist in Vorbereitung. Darin sollen die Castorbehälter bis zum Abtransport in ein Endlager stehen – nur gibt es das bekanntlich noch nicht. Wann der Abtransport beginnt, wann das Projekt Rückbau also endgültig abgeschlossen sein wird, vermag hier keiner zu beziffern. Vielleicht 2060, vielleicht 2070. Ralf Borchardt wird es wohl nicht mehr erleben.

Ein Gebäude aber gibt es hier, von dem er sich wünscht, dass es niemals verschwindet. Es ist der Kraftwerksblock Nummer 6. Als die Anlage stillgelegt wurde, war der Reaktor betriebsfertig, er wurde jedoch nie mit radioaktiven Brennstoffen bestückt, also

nie kontaminiert. Man könne ein Museum daraus machen, findet Borchardt, das sei eine einmalige Chance. Denn eines könne man doch wirklich nicht wollen: dass die Atomkraft vollends aus dem Gedächtnis der Menschen verschwinde.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 14.10.2021 | S. 22

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Hannah Scheiwe

## „Isolation ist das Schlimmste“

### In der Joyn-Plus+-Serie „Blackout“ fällt wochenlang der Strom aus - Moritz Bleibtreu spricht über den Realitätsbezug und die Pandemie

#### Herr Bleibtreu, in der Serie „Blackout“ fällt der Strom europaweit für Wochen aus. Ist das realistisch?

Ich hoffe, dass so etwas nie passiert. Aber dieses Katastrophenszenario ist nicht zu hundert Prozent utopisch. Es ist sicherlich nicht einfach, einen globalen Stromausfall in Gang zu setzen, aber unmöglich ist es nicht. Unsere Hardware ist schon etwas marode. Etwas Ähnliches ist bei der Flutkatastrophe passiert: Ein Jahr vorher wurden die Warnsysteme getestet, und es wurde bemerkt, dass sie nicht so richtig gut funktionieren, und trotzdem hat man nichts gemacht.

#### Wird oft erst gehandelt, wenn die Katastrophe schon da ist?

Es gibt so was wie ein kollektives Vergessen, wenn es um Katastrophen geht. Man weiß eigentlich, dass es genau in der Gegend der Flutkatastrophe im 19. Jahrhundert immer wieder große Springfluten gegeben hat, und vergisst es trotzdem kollektiv. Das führt dazu, dass man nicht mehr in die Infrastruktur investiert und sich wundert, wenn es noch mal passiert. Es hat in dem Fall niemand dahintergesteckt wie beim Stromausfall in der Serie. Wobei es das auch schon gegeben hat in den Nullerjahren in Amerika: Da haben Hacker mal für eine Stunde das Licht ausgemacht. Cybersecurity ist heute das Nummer-eins-Thema. Es würde sich lohnen, da ein paar Bauarbeiten vorzunehmen.

#### Haben Sie sich jetzt zu Hause auch mit Notvorräten eingedeckt?

Nein, ich verbringe meine Zeit nicht damit, mich auf Katastrophen vorzubereiten. Das Einzige, das einem da helfen würde, sind Freunde. Man kann sich noch so viel Toastbrot in den Keller packen, irgendwann ist auch das leer, und man ist auf Hilfe angewiesen.

#### Wir erleben auch eine Art Katastrophe mit der

#### Pandemie. Haben Ihnen Freunde durch diese Zeit geholfen?

Absolut. Wir haben uns aneinander festgehalten im Kreise der Lieben und der Familie. Komplett isoliert zu sein ist das Schlimmste, was einem passieren kann. Einer der traurigsten Aspekte der Pandemie ist dieses Trennen der Menschen.

#### Sehen Sie Licht am Ende des Tunnels?

Ich versuche die ganze Zeit, Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Es ist eine schwierige Situation, in der wir sind. Man kann momentan kein Interview geben, ohne über die gesellschaftliche Situation zu sprechen. Ich bin an einem Punkt, an dem ich jegliche Form von Meinung oder Kritik für falsch halte. Das führt in eine Richtung, die niemandem guttut. Eines meiner Lieblingszitate von Shakespeare ist: „Ruhe ist die beste Hilfe.“ Das ganze Gerede bringt niemandem etwas.

#### Ihre Figur Manzano wurde durch Erlebnisse von vor 20 Jahren geprägt, wo er mit Umweltaktivisten ein Gebäude besetzt hat. Sie haben zu den Fridays-for-Future-Aktivisten mal gesagt: „Ich habe nichts gegen die, sie sollen machen, was sie wollen - aber bitte ohne mich.“ Warum?

Ich persönlich glaube nicht, dass es einen Wert hätte, wenn ich bei Fridays for Future mitmachen würde. Ich glaube, dass Ruhe die größere Hilfe ist. Gleichzeitig mag ich alles, was nur im Ansatz nach Ideologie riecht, nicht. Es ist mir egal, ob es das Nobelste der Welt ist. Ich bin raus bei jeglicher Form von Ideologie oder Kollektivismus, bei allem, wo ich das Gefühl habe, dass nicht alle Farben der Palette vorhanden sind, sondern es einseitig wird. Es ist momentan unheimlich schwer für mich, einen Platz zu finden, an dem ich mich wohlfühlen würde, wenn ich öffentlich meine Meinung äußere. Deswegen mache ich es nicht. Dann muss es genug sein, dass ich Schauspieler bin.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 14.10.2021 | S. 15-SEITE 15

📄 Auflage: 19.166 | Reichweite: 37.417

## MV setzt auf klimaneutrale Industrie

**Stralsund.** Mecklenburg-Vorpommern muss sich nach Ansicht von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) stärker zum Industriestandort entwickeln und dabei auf die Entwicklung und Ansiedlung klimafreundlicher Industrien setzen. „In den nächsten beiden Jahrzehnten öffnet sich ein historisches Zeitfenster. Große Teile unserer Wirtschaft müssen klimaneutral werden“, sagte Schwesig am Mittwoch auf dem Industriekongress der Industrie- und Handelskammern

in MV in Stralsund.

Im weltweiten Bestreben, den Klimawandel zu bewältigen, bekämen die Standorte einen Vorteil, die erneuerbare Energien haben. „Dort werden die guten Arbeitsplätze der Zukunft entstehen“, sagte Schwesig. Das Land habe aufgrund seines hohen Anteils erneuerbarer Energien eine gute Startposition, die genutzt werden müsse. *dpa*

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 14.10.2021 | S. 01-SSN SEITE 1

📄 Auflage: 19.166 | Reichweite: 37.417

👤 Uwe Reißenweber

## Schwesig will mit der Linken regieren

### SPD will keine Koalition mit der CDU mehr

Mecklenburg-Vorpommern wird aller Voraussicht nach in den kommenden fünf Jahren von einer rot-roten Koalition regiert: „Wir nehmen Koalitionsverhandlungen mit der Linken auf“, sagte gestern Abend SPD-Landeschefin und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Das haben laut Schwesig Landesvorstand, Landesparteirat und die neue Fraktion in Güstrow einstimmig entschieden. „Grundlage war, mit wem wir die meisten Schnittmengen haben und wer der Partner ist, mit dem wir die nächsten fünf Jahre eine stabile, verlässliche Regierung bilden können.“ Schwesig weiter: „Es geht um einen gemeinsamen ‚Aufbruch 2030‘“.

Eine rot-rote Koalition gab es in MV schon einmal zwischen 1998 und 2006, es war die erste in Deutschland. Das SPD-Linken-Bündnis würde die bisherige rot-schwarze Koalition ablösen, die seit 2006 die Geschicke des Landes bestimmte.

Die CDU reagierte bissig: „Die Linke, so viel scheint festzustehen, war politisch und personell deutlich billiger

zu haben als die CDU“, sagte der kommissarische Landesvorsitzende Eckhardt Rehberg. Schon einmal habe es eine Linkskoalition gegeben, die das Land nicht vorangebracht habe. „Wer geglaubt hat, die SPD in MV sei eine ehrliche Maklerin der politischen Mitte, fühlt sich belogen und auch eines Besseren belehrt. Der SPD geht es offenkundig darum, sukzessive das gesamte Land zu schlucken und die Linke ist offenbar bereit, hierbei die Kellnerin zu spielen.“

Die Linke begrüßte das Ergebnis: „Damit hat sich die SPD für den Aufbruch und für einen sozialen Schwung in Mecklenburg-Vorpommern entschieden. Jetzt besteht die Chance, unser Land aus dem Lohnkeller zu holen, die Wirtschaft zu stärken sowie die Kinder, Jugendlichen und Familien in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen“, so Landtagsfraktionschefin Simone Oldenburg. Laut Schwesig soll es ein Tariftreuegesetz, ein landesweites Rufbussystem und das Wahlalter mit 16 Jahren geben. Im ländlichen Raum sollen alle Krankenhäuser erhalten werden. Neue Schulden wolle man nicht machen.

## Asse II: Wolfenbütteler Bürgerinitiative kritisiert Kreistag

Harte Kritik an den Mitgliedern des Kreistages und insbesondere auch an Landrätin Christiana Steinbrügge als Vorsitzende der Asse-II-Begleitgruppe äußerte die Bürgerinitiative Wolfenbütteler Atom (und Kohle) AusstiegsGruppe (WAAG) in einer Pressemitteilung kurz vor der letzten Kreistagssitzung in Cremlingen.

Darin heißt es wörtlich: „Beim Thema Asse II ist offenkundig, dass für viele Mitglieder der Kreistages und der Asse II-Begleitgruppe eine konzentrierte Auseinandersetzung mit dem Thema gar nicht gewollt ist. Fragen während der Bürgerfragestunden auf Kreistags- und Umweltausschusssitzungen werden von vielen Sitzungsteilnehmern eher als störend empfunden. Wenn es darum geht, Mittel aus dem Asse-Fonds für die eigenen Gemeinden locker zu machen, ist von einem deutlich größeren Engagement auszugehen. Aber auch vielen Mitglieder der Asse-II-Begleitgruppe stellt die Teilnahme eine Pflichtveranstaltung dar beziehungsweise sie nehmen alles andere als regelmäßig teil. Die Arbeit des Kreistages und die Arbeit der Asse II – Begleitgruppe, deren neue Struktur die Landrätin initiierte, stellen kein Ruhmesblatt für die Interessenvertretung der Menschen in der Region und keine wirkungsvolle Bürgerbeteiligung dar.“ Der vollständige Text der Pressemitteilung ist auf unserer Internetseite nachzulesen.

Da die Mitteilung bei der Sitzung noch nicht bekannt war, konnte der Kreistag darauf auch noch nicht reagieren. In der Sitzung teilte Landrätin Steinbrügge nur mit, dass der Bericht zum Beleuchtungsprozess für ein Asse-nahes oder Asse-fernes Zwischenlager für den Atommüll am 18. Oktober der Asse-Begleitgruppe und den politischen Gremien zur Auswertung und Beratung übergeben werden soll. Am 22. November sei dazu noch eine öffentliche Veranstaltung geplant.

Die jetzt ablaufende Legislaturperiode des Wolfenbütteler Kreistages nimmt die Bürgerinitiative Wolfenbütteler Atom(undKohle)AusstiegsGruppe (WAAG) zum Anlass zu einer Bewertung der Arbeit des Kreistages zum Thema Asse II, aber auch der Arbeit der neu strukturierten Asse-2-Begleitgruppe. Zu dieser Bewertung gehören auch das Vorgehen der Landrätin und Beschlüsse des Kreistages im Jahr 2015, also in der vorherigen Legislaturperiode.

Die Landrätin hat 2015 den Asse 2-Begleitprozess als Vorsitzende eigenmächtig ausgesetzt und reichte beim Kreistag zu seiner Sitzung am 5.10.15 zahlreiche Anträge zum Thema Asse II ein – u. a. diesen: Der Kreistag fordert den unverzüglichen Beginn einer transparenten, ergebnisoffenen, kriterienbasierten Standort-suche für die Konditionierungsanlage, das Puffer- und Zwischenlager. Dies gilt insbesondere für die Suche nach Asse-nahen Standorten, weil das Verfahren einvernehmlich festgelegt ist. Konkrete Entfernungsvorgaben beim Suchverfahren werden abgelehnt. Warum wollte die Landrätin, dass insbesondere (lt. Duden bedeutet das „vor allem“) ein Asse-naher und damit zwangsläufig wohnortnaher Standort gesucht wird?

Mit der Ablehnung von „Entfernungsvorgaben“ war die Forderung der Bürgerinitiativen gemeint, dass bei einem Standortvergleich mit Asse-fernen Standorten diese wohnortfern sein sollten. Sie sollten/sollen – zum Schutz der AnwohnerInnen - einen Mindestabstand von 4 km zur Wohnbebauung haben, damit auch anderen Leuten der Müll nicht vor die Haustür gekippt wird. Der Standort auf der Asse ist maximal 1 km von Wohnbebauung entfernt. Nur drei Kreistagsmitglieder haben gegen diesen Antrag gestimmt.

Welches Signal gab die Landrätin mit der Formulierung: „Dies gilt insbesondere (also besonders, vor allem) für die Suche nach Asse-nahen Standorten“ und der Kreistag mit seiner Zustimmung an den Betreiber? Nach dem Handheben zu den zahlreichen Beschlüssen war das Thema Asse II für den Kreistag wieder erledigt. (Doch) Die Samen der Vergangenheit (bzw. des Kreistages) sind (bzw. wurden) die Früchte der Zukunft (bzw. der Bundesgesellschaft für Endlagerung). Sie entschied sich für einen wohnortnahen Zwischenlagerstandort auf einem nicht geeigneten Baugrund auf der Asse.

Der Kreistag, dessen Amtszeit jetzt endet, beschloss nach dieser Festlegung durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und die Verkündung durch das Bundesumweltministeriums – und nach erneuter Aussetzung des Begleitprozesses aufgrund eines Beschlusses der Begleitgruppe - am 28.10.20, dass es einen Standortvergleich mit zwei Asse fernen Standorten geben müsse. Eine Mindestentfernung zur Wohn-

bebauung bei den Asse fernen Standorte wurde wieder nicht aufgenommen, obwohl klar ist, dass wenn der wohnortnahe Standort auf der Asse mit anderen wohnortnahen Standorten verglichen wird, der Transport ausschlaggebend für die Entscheidung werden kann. Ansonsten wären die Risiken der Wohnortnähe – insbesondere bei einem Störfall - mit den Transporten abzuwägen. Zusätzlich ist aber auch zu berücksichtigen, dass die BewohnerInnen in der Nähe der Schachanlage eine Summe von Belastungen abbekommen würden. Das wären neben dem Langlangzeitzwischenlager auch durch das Öffnen der Kammern und die Konditionierung, die schon jetzt vorgenommen werden soll, obwohl die Eingangsbedingungen für das noch nicht vorhandene Endlager noch nicht bekannt sind. Das würde u. U. eine doppelte Konditionierung erforderlich machen.

Dann wurde allerdings zwischen der Landrätin, den VertreterInnen der Kommunalvertretung und der Zivilvertretung in der Asse 2-Begleitgruppe und dem Bundesumweltministerium kein Standortvergleich vereinbart, sondern ein Beleuchtungsprozess – ein vielsägender Begriff. Mehr zum Thema, wer die ExpertInnen, die die Entscheidung des Bundesumweltministeriums beleuchten sollen, ausgewählt hat und nach welchen Fragen die Entscheidung beleuchtet werden soll und nach welchen nicht, erfahren Sie auf unserer Internetseite [waagwf.wordpress.com](http://waagwf.wordpress.com)

Zu diesem Verfahren gab es keinerlei Reaktion vom Kreistag, obwohl das nicht seinem Beschluss entsprach und der auch nicht zurückgenommen wurde.

Auch die Aussetzung des Begleitprozesses wurde nicht aufgehoben, um aktiv als Gesamtgremium diesen Prozess zu begleiten und die Bevölkerung zu informieren., aber auch nicht, um sich um die anderen Themen, wie Umgebungsüberwachung, Beschleunigung der Rückholung usw. zu kümmern.

Dass die Aussetzung des Asse 2-Begleitprozesses nicht vollständig aufgehoben wurde, führte auch dazu, dass sich jegliche Beteiligung nur auf die Beleuchtung der BGE-Entscheidung für einen Asse-nahen Zwischenlagerstandort beschränkte. Über die weiteren Bestandteile der von der BGE in der Rückholungsplanung genannten Atomanlagen sowie alle anderen aktuellen Arbeiten und Planungen der BGE fand seit dem 11.9.2020 keine Information der Begleitgruppe und der Öffentlichkeit mehr statt. Das bedeutet auch, dass die BGE ihre Arbeiten und Planungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortführen konnte.

Fortschritte oder Probleme bei der Ausschreibung der Bergetechnik und bei der Notfallplanung stehen ebenso wenig zur Diskussion wie Planungen für den Flä-

chenbedarf, einschließlich des Ankaufs von Flächen. Nach den mittlerweile bekanntgewordenen Flächenplanungen der BGE sind diese mit einem erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild und mit absehbaren Auswirkungen auf die angrenzende Landwirtschaft verbunden. Auch die teilweise umstrittenen Bohrungen Remlingen 10 und 11 konnten von der BGE ebenfalls ohne Diskussion durchgeführt werden.

Darüber hinaus blieben weitere Problemfelder, die für die Menschen in der Region ebenfalls große Auswirkungen haben können, unbearbeitet. So fiel weder den Mitgliedern des Kreistages noch den Mitgliedern der Begleitgruppe auf, dass 2020 und 2021 keine Veranstaltungen zur Umgebungsüberwachung stattgefunden haben – auch nicht online. Aber nicht nur das, die Jahresberichte 2019 und 2020 wurden nicht einmal auf die Internetseite des zuständigen Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) gestellt – bis die WAAG das BASE erinnerte.

Es fiel offenbar auch nicht auf, dass die BGE seit geraumer Zeit so gut wie keine „wesentlichen Unterlagen“ mehr online stellt, obwohl sie dazu nach § 57 b Abs. 8 des Atomgesetzes verpflichtet ist.

Die letzte Auswertung des Nds. Krebsregisters wurde im Oktober 2016 veröffentlicht. Der Folgebericht sollte laut Landrätin erst fünf Jahre später erfolgen, die sind jetzt auch schon rum. Auch dieses Thema wurde nicht nachverfolgt. Im Rahmen einer Veranstaltung zum Asse-Fond hatten seinerzeit Vertreterinnen der WAAG den Vorschlag gemacht, ein Gesundheitsmonitoring mit dem Asse-Fonds zu finanzieren. Das lehnte die Landrätin mit der „Begründung“ ab: „Wir wollen doch positive Vorschläge.“

Am 25.3.2020 verkündete die A2B stolz: „Vom Bundesumweltministerium kam die Zusage, sich künftig wieder regelmäßig am Rückholprozess zu beteiligen, das NMU sagte den zeitnahen Beginn eines Umweltmonitorings zu.“ Zuvor hatte die Begleitgruppe kritisiert, dass das BMU seit geraumer Zeit nicht mehr an den Sitzungen teilnahm. Eine zukünftige regelmäßige Beteiligung gestaltet sich jetzt für das BMU schwierig, wenn keine Sitzungen stattfinden. Und wer nach nunmehr mehr als 6 Monaten auf der Internetseite des Landesumweltministeriums die Suchfunktion nutzt und nach „Umweltmonitoring Asse“ sucht, findet nichts.

Beim Thema Asse II ist offenkundig, dass für viele Mitglieder der Kreistages und der Asse II – Begleitgruppe eine konzentrierte Auseinandersetzung mit dem Thema gar nicht gewollt ist. Fragen während der Bürgerfragestunden auf Kreistags- und Umweltausschusssitzungen werden von vielen Sitzungsteilnehmern eher

als störend empfunden. Wenn es darum geht, Mittel aus dem Asse-Fonds für die eigenen Gemeinden locker zu machen, ist von einem deutlich größeren Engagement auszugehen. Aber auch vielen Mitglieder der Asse-2-Begleitgruppe stellt die Teilnahme eine Pflichtveranstaltung dar bzw. sie nehmen alles andere

als regelmäßig teil.

Die Arbeit des Kreistages und die Arbeit der Asse 2 – Begleitgruppe, deren neue Struktur die Landrätin initiierte, stellen kein Ruhmesblatt für die Interessenvertretung der Menschen in der Region und keine wirkungsvolle Bürgerbeteiligung dar.